PB.I-01-391

Kapitel 6: International zusammenarbeiten

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in:	KV Leipzig
Beschlussdatum:	27.04.2021

Änderungsantrag zu PB.I-01

Von Zeile 390 bis 394 einfügen:
durchzuführen, zusammenbringt. So schwer das derzeit in der EU der 27 auch ist. Zustände wie in den Lagern auf den griechischen Inseln, auf dem Mittelmeer oder an der Grenze zu Kroatien bedeuten einen Bruch mit europäischen Werten und Menschenrechten. Der Blockade einer gemeinsamen und humanen Flüchtlingspolitik zwischen den Mitgliedstaaten begegnen wir mit folgendem Plan: Die europäische Grenzagentur Frontex soll umstrukturiert und parlamentarischer Kontrolle durch das EU-Parlament unterstellt werden um Menschenrechtsverletzungen in Zukunft effizient zu unterbinden. In gemeinschaftlichen von den europäischen Partnern geführten Einrichtungen innerhalb der EU an

Begründung

2019 starb einer von 11 Geflüchteten auf der zentralen Mittelmeerroute. [1] Das Bundestagswahlprogramm macht an vielen Stellen klar, dass wir diese Schande Europas nicht hinnehmen wollen, dass wir Grünen alles unternehmen werden, um dem Sterben auf dem Mittelmeer ein Ende zu setzen. Über einen zentralen Akteur des humanitären Desasters wird jedoch zu wenig geschrieben: Frontex.

Der Geschäftsführer von Pro Asyl, Günter Burkhardt nennt die EU-Grenzschutzagentur Frontex "eine Persiflage einer rechtsstaatlichen Polizei". Illegale Pushbacks riskieren das Leben von Geflüchteten, bleiben jedoch meist ungeahndet. Das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) verlangt deswegen eine bessere Überwachung möglicher Grundrechtsverletzungen bei Frontex. [2]

Dieser Forderung sollten wir Bündnisgrüne uns in unserem Bundestagswahlprogramm klar und unmissverständlich anschließen. Frontex muss der parlamentarischen Kontrolle des EU-Parlaments unterstellt werden, Menschenrechtsverletzungen müssen ein Ende finden.

[1] https://www.zdf.de/nachrichten/heute/massengrab-mittelmeer-jeder-elfte-fluechtling-stirbt-auf-dem-weg-von-libyen-nach-italien-100.html

[2] https://www.sueddeutsche.de/politik/europaeische-union-grenzschutzagentur-frontex-kritik-1.5198099